

120. Plenarsitzung am 9. November 2021

Drs. 18/10194: Landesregierung streicht Tarifsteigerung an Theatern - Rotstiftpolitik in der Kultur stoppen #RetteDeinTheater

Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erfreut war ich über das Thema dieser Aktuellen Stunde, weil ich so die Gelegenheit habe, erneut darzustellen, wie wir die Theaterlandschaft in Niedersachsen unterstützen und so auch unsere Wertschätzung gegenüber dem dortigen Engagement zeigen.

Die Überschrift dieses Tagesordnungspunktes ist allerdings falsch. Die Landesregierung streicht keine Tarifsteigerung bei den Theatern. Tarifverträge sind eine Angelegenheit der Arbeitgeber und Gewerkschaften. Die Landesregierung kann vereinbarte Tarife nicht ändern.

Ziel muss es sein, in der Fläche der Bevölkerung zu ermöglichen, Theater zu erleben. Theater sind ein wichtiger Standortfaktor und bieten vielfältige Arbeitsplätze. Sie gehören zur Bildung, stärken mit ihren Angeboten die Demokratie, regen an, Positionen kritisch zu hinterfragen. Theater ermöglichen eine schöne Freizeitgestaltung. An unseren Bühnen gibt es erfolgreiche Aktivitäten zur Teilhabe aller Schichten unserer Gesellschaft.

Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren die Haushaltsansätze aufgestockt. Bei den freien Theatern sind die Mittel um 250 000 Euro erhöht worden, und es wurde eine Spielstättenförderung von 500 000 Euro eingeführt.

Die Theaterpädagogik wurde jährlich mit 250 000 Euro gefördert. - Was ich sage, stimmt doch, Frau Viehoff!

Die Staatstheater konnten sich in jedem Jahr über Steigerungen freuen. Nach dem Haushaltsentwurf wird das Staatstheater Braunschweig nach 23,6 Millionen Euro für 2021 und 24 Millionen Euro für das Jahr 2022 im Jahr 2023 einen Zuschuss von 24,6 Millionen Euro erhalten. Die Zahlen für Oldenburg lauten: 20,6, 21,0 und 21,4 Millionen Euro.

Hier gibt es somit Planungssicherheit, Herr Alt. Es stimmt also nicht, dass unsere Kultureinrichtungen keine Planungssicherheit hätten. Für das Staatstheater Hannover ist für 2022 und 2023 eine Zuführung aus dem Landeshaushalt von jeweils 68,5 Millionen Euro für laufende Zwecke vorgesehen. Der aufgrund der Kurzarbeit wegen der Corona-Pandemie entstandene Überschuss von etwa 10 Millionen Euro verbleibt dem Theater. Zudem stehen 1,5 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung.

Die kommunalen Theater haben 2019 zusätzlich 3 Millionen Euro erhalten. Darüber hinaus beteiligte sich das Land mit über 300 000 Euro aufgrund früherer Haushaltsbeschlüsse an Kostensteigerungen. Zudem wurden weitere 206 000 Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden insgesamt verstetigt.

Solch eine Erhöhung hat es in den Jahren davor nicht gegeben!

Auch die Grünen sollten dies anerkennen.

Nach dem Haushaltsentwurf sind für die Jahre 2022 und 2023 jeweils Zuweisungen von 28,8 Millionen Euro für die sechs kommunalen Theater und das Göttinger Symphonieorchester geplant.

Meine Ausführungen zeigen, dass auch der zweite Teil der Überschrift dieser Aktuellen Stunde falsch ist: Eine Rotstiftpolitik gibt es bei den Theatern nicht. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass bei den Landeszuschüssen Kostensteigerungen berücksichtigt werden. Wir wollen, dass die Bevölkerung in der Fläche Theater erleben kann.